

Weniger Geld fürs Wohnen

Der Verein für Sozialhilfeberatung nennt die pauschalen Kürzungen im Kreis Kleve rechtswidrig

Kreis Kleve. Herbert Looschelders ist wütend. Der Geschäftsführer des Klever Vereins für Sozialhilfeberatung „Selbsthilfe e.V.“ sieht die Empfänger von Sozialleistungen im Kreis Kleve um ihre Rechte betrogen. Er ärgert sich darüber, dass einerseits bundesweit die Sozialhilfe steigen soll und der Kreis Kleve andererseits beim Geld für die Mieten kürzt.

Unter dem Motto „Regelsatz fünf Euro hoch, Miete zehn Euro runter“ hatte der Verein gestern zur Diskussion nach Geldern geladen. Im



Herbert Looschelders. Foto: he

Anschluss konnten sich Betroffene im Detail erklären lassen, was nach Meinung von Looschelders und seinen Mitstreitern im Kreis Kleve so falsch läuft, dass es sogar „rechtswidrig“ ist.

Die Richtwerte, wie viele Quadratmeter Wohnfläche einer Person zustehen, wurden geändert. So sind es seit Oktober 2010 nicht mehr 47, sondern 45. Das bedeutet, dass es weniger Geld für Heiz- und Betriebskosten gibt. Denn die werden nach der von den Behörden akzeptierten Quadratmeterzahl berechnet.

Herbert Looschelders nennt ein Beispiel. Wer pro Quadratmeter 1,73 Euro für die Betriebskosten der Wohnung bekommt, hat also ab sofort 3,46 Euro weniger. Das Gleiche gilt für die Heizkosten.

„Das Rechtswidrige daran ist, dass hier alle über einen Kamm geschert werden. Der Kreis Kleve darf nicht pauschal kürzen, er muss die Einzelfälle berücksichtigen“, sagt Looschelders. „Wer zu Hause ein Baby hat, muss mehr heizen. Wer in einer schlecht isolierten Wohnung wohnt, hat mehr Ausgaben.“

Der Verein für Sozialhilfeberatung bietet Betroffenen an, gemeinsam die Bescheide zu prüfen – und gegebenenfalls Widerspruch einzulegen. Kontakt: www.kleve-sozial.de, ☎ 02821/6 98 08